

# Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ercheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Besizer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundsätze in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Moffe's Beilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Melame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Ausschlag. — Bei zwingender Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großbröhndorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 78

Sonnabend, den 2. April 1927

79. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Aufwertungs- (Mietzins-) Steuer.

Die Aufwertungssteuer für Monat April wird am  
5. dieses Monats

fällig. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangswieser Beitreibung alsbald an unser Stadtsteueramt abzuführen.

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.

Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich.

Pulsnitz, am 1. April 1927.

Der Stadtrat.

### Hundesteuer.

Für das Rechnungsjahr 1927 beträgt die Hundesteuer

30 RM für den 1. Hund  
60 RM für den 2. Hund und  
90 RM für jeden weiteren Hund.

Die Erhebung erfolgt in 4 an den Vierteljahrsersten fälligen Raten. Die Aprilrate wird nach dem Stande vom 10. April d. J. in der üblichen Weise eingezogen. Gleichzeitig erfolgt die Aushändigung der Steuermarken gegen Erstattung der Selbstkosten.

Hunde, die bei der allgemeinen Erhebung übergangen werden, sind beim Stadtsteueramt zu melden.

Wird ein steuerpflichtiger Hund nach beendigter Einhebung ohne gültige Steuer-marke auf öffentlichen Verkehrsflächen betreten, so wird dessen Besitzer, soweit er nicht der Hinterziehung schuldig ist, mit einer Geldstrafe von 60 RM belegt.

Die Steuerpflicht ist begründet, sobald ein Hund gehalten wird, gleichviel ob der Hund Eigentum der Person ist, die ihn bei sich hat oder nicht, gleichviel auch, ob ihr der Hund zugelaufen ist, ob sie ihn auf Probe oder in Pflege hat oder sonstige in seinen Besitz gelangt ist und ob sie ihn dauernd zu halten beabsichtigt oder nicht.

Pulsnitz, am 1. April 1927.

Der Stadtrat.

### Brandkasse.

Auf den Termin 1. April 1927 erhebt die Brandversicherungskammer 1 Reichs-pfennig auf jede Brandkasseneinheit.

Die sich hiernach errechnenden Beiträge sind zur Vermeidung zwangswieser Beitreibung bis spätestens

16. April 1927

an unser Stadtsteueramt abzuführen.

Pulsnitz, am 2. April 1927.

Rat der Stadt.

### Bekanntmachung

Auf Grund von § 9 der Reichsverordnung vom 18. März 1919 (RGBl. S. 315) wird den hiesigen Geschäftsinhabern genehmigt, ihre Geschäfte an den folgenden Tagen des laufenden Jahres bis abends 8 Uhr offen zu halten:

Sonnabend vor Palmsonntag,  
Gründonnerstag,  
Ostersonnabend,  
3. und 4. Juni,  
Sonnabend vor der Kirchweih von Pulsnitz M. S.,  
vom 12. bis 24. Dezember,  
30. und 31. Dezember.

Die Arbeitszeit der Angestellten und Lehrlinge hat sich aber trotz dieser Ausnahmebewilligung nach den Vorschriften der Arbeitszeitverordnung vom 21. 2. 1923 (RGBl. Seite 1249) zu richten.

Pulsnitz, den 2. April 1927.

Der Stadtrat.

### Der Wasserzins

auf die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 1927, in Höhe von 25 Pfg. für 1 cbm, ist bis spätestens 15. April d. J.

an unsere Stadtsteuerkasse abzuführen.

Der Stadtrat.

## Das Wichtigste

In Döhlen bei Leipzig wurde ein Pole verhaftet, der am 1. Februar 1920 einen Doppelraubmord an zwei Gelehrten verübt hat.

Die demokratische Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders ist nach dem „Berliner Tageblatt“ auf den einmütigen Beschluß sämtlicher internationaler Frauenorganisationen als Delegierte zur Weltwirtschaftskongress in Genf bestimmt worden.

Im Reichstag wurde der Finanzausgleich behandelt. Die Gewerkschaften lehnen in einer Erklärung den neuen Arbeitszeitgesetzentwurf entschieden ab.

Der Janters Pilot Adler hat einen neuen Dauerrekord aufgestellt. Bei einem Einbruch in das Postamt Jeshitz (Anhalt) wurden Werte von insgesamt 17 456 RM geraubt.

Der Reichstag beschloß in zweiter Lesung entsprechend den Vorschlägen des Ausschusses, die bisherige Gemeindebeitragssteuer zu beseitigen und nahm die neue Gemeindebeitragssteuer an.

Im Laufe des Monats März hat die Arbeitslosigkeit in Oesterreich eine 10 %ige Verringerung erfahren. Sie betrug 22. bis 25 000 unterhaltlose Arbeitslose.

Der englische 4000 Tonnen-Dampfer „Burndale“ hat auf dem Wege nach Hamburg sein Steuerrohr verloren und ruft um Hilfe. Bei Landend ist ein anderer Dampfer, wahrscheinlich der englische Dampfer „Redife“, im Sturm gesunken. Die Besatzung konnte jedoch gerettet werden.

Nach einer Meldung aus Gibraltar, stieß der englische Dampfer „Anthon“ acht Meilen südöstlich von Gibraltar infolge des dichten Nebels mit einem spanischen Dampfer zusammen. Der spanische Dampfer sank binnen 10 Minuten. Der Kapitän und 6 Mann der Besatzung konnten gerettet werden, während die übrigen 18 Mann wahrscheinlich ertrunken sind.

In Bukarest rechnet man mit dem Ableben des rumänischen Königs. Eine kurze aber starke Erbeerschütterung wurde gestern, wie aus Tokio berichtet wird, in der Provinz Hinzhiu wahrgenommen. Unter der Bevölkerung herrschte erhebliche Aufregung; indes wurde nur wenig Sachschaden angerichtet.

Der japanische Gesandte in Peking hat, wie die D. N. Z. aus Schanghai meldet, den Vorschlag gemacht, eine internationale Untersuchungskommission nach Nanking zu schicken.

Die zweite japanische Flotte ist gestern in dem Formosa gegenüber liegenden südjapanischen Hafen Amoy angekommen.

## Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz.** (Kirchgemeindefesttag.) Einen Höhepunkt im kirchlichen Leben von Pulsnitz und einen Tag der Stärkung des kirchlichen Gemeindeglaubens bedeutete der Kirchgemeindefesttag, der am vergangenen Sonntag stattfand, in unserem gut besuchten Gottes-hause gefeiert wurde. Zur Vorbereitung dieses Tages dienten die in der Woche vorher in allen Seelsorgerbezirken durch die 3 Pfarrer abgehaltenen Gemeindefeststunden, die die Gemeindeglieder zur Vertiefung zur allgemeinen Dienstpflicht in der Kirche und zu christlichem Bekenner-

## Reichstagskampf um den Finanzausgleich

Amerikas Schwanken in der Chinapolitik — Eine Herzt-Rebe in Stettin — Fürst Bismarck tritt in den diplomatischen Dienst ein  
Graf Bernstoff über die Einschränkung der Luftleistungen — Wertwürdige Haltung Italiens im Adria-Konflikt

### Deutscher Reichstag.

302. Sitzung, Freitag, den 1. April 1927.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des vorläufigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, ferner die Vorlage zur Aenderung des Gesetzes über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft.

### Im Namen der Regierungsparteien

erklärte Abg. Graf Westarp (Dnat.), diese begrüßten den entschlossenen Willen des Finanzministers, bei der zukünftigen Gestaltung des Reichshaushalts eine größere Klarheit und Einfachheit herbeizuführen. Auch die Kassenführung soll vereinheitlicht werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Etats-balancierung beim Finanzausgleich ergeben, seien gewaltig. Die Auswirkungen der Steuererleichterungen von 1925 und 1926 hätten sich erst in den letzten Monaten vollständig gezeigt. Die Reparationslasten machten sich in immer steigendem Maße fühlbar.

Die Regierungsparteien hielten es für ihre Pflicht, darauf hinzuwirken, daß auf die Dauer das deutsche Volk die gegenwärtigen hohen Steuerlasten angesichts der Kriegs- und Inflationsverluste nicht tragen könne.

Weitere Steuererleichterungen seien der Wunsch der Regierungsparteien gewesen. Diese Wünsche hätten aber bei der gespannten Etatslage zurückgestellt werden müssen. Man habe die populäre Reichssteuererleichterung vermeiden und wolle durch höhere Ueberweisungen den Ländern und Gemeinden die

### Möglichkeit zur Senkung der Realsteuern

geben, die die Wirtschaft am schwersten trafen. Durch Ausdehnung des Finanzausgleichs auf zwei Jahre solle den Ländern und Gemeinden eine solidere Etatsgarantie ermöglicht werden. Ferner fordern die Regierungsparteien ein Reichsrahmengesetz für die Real- und Hauszinssteuern. Die Gemeindegütersteuer haben sie für Wein und Branntwein beseitigt, damit hätten sie den Wünschen weiter Erwerbstreife Rechnung getragen. Für Bier sei die Getränkesteuer aufrecht erhalten, um eine stärkere Anspannung der Realsteuern zu ersparen. Die Erhöhung der Biersteueranteile für die süddeutschen Länder halten die Regierungsparteien für innerpolitisch und finanziell begründet; sie glauben, daß sie mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann.

### Preussischer Ministerpräsident Brauns

erinnert an die Bestimmung des Biersteuergesetzes, daß Aenderungen dieses Gesetzes nur mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen qualifizierten Mehrheit erfolgen sollen. Hiernach stehe fest, daß bei der Abschaffung dieses Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit sowohl im Reichstag wie im Reichsrat erforderlich sei. Singsu kämen noch allgemeine

### Bedenken der preussischen Regierung gegen den Sonderausgleich für einzelne Länder.

Zu diesem Zweck solle der Reichshaushalt für dauernd mit rund 40 Millionen mehr belastet werden zugunsten von Ländern, deren Finanzlage nicht wesentlich ungünstiger sei als die der anderen Länder. Dagegen wolle man die Hilfe für die durch den Kriegsausgang besonders betroffenen Grenzgebiete ganz fortlassen lassen. Dadurch werde gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Teile des Reiches verstoßen.

### Sächsischer Gesandter Dr. Gradnauer

erklärt, durch diesen Finanzausgleich solle einzelnen Ländern, darunter Sachsen, ein Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer weggenommen und anderen Ländern zugeteilt werden, und zwar scheinlich ohne Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der anderen Länder. Sachsen habe infolge seiner starken Bevölkerung und seiner Industrie höhere Aufgaben sozialer Art, solle jedoch an Preußen und Bayern Unterstützung abfordern, obwohl Preußen sie ablehne und Bayern wesentlich günstigere Lebensbedingungen habe als Sachsen. Die sächsische Regierung spreche in letzter Stunde die Erwartung aus, daß der Reichstag seine Hand zu Maßnahmen solcher Art nicht biete.

### Bayerischer Staatsrat v. Wolf

wies darauf hin, daß die Frage des verfassungsmäßigen Zustandekommens des Gesetzes nach seiner Verabschiedung geprüft werden könne. Namhafte Juristen hätten bereits ein Gutachten dahin abgegeben, daß nicht jede Aenderung des Biersteuergesetzes eine Verfassungsänderung sei. Der Redner verweist auf die Fehlbeträge im bayerischen Haushalt, die von Jahr zu Jahr gestiegen seien. Bayern kämpfe um seine

